

# ISRAELS NEUE 34. REGIERUNG

Nach vielem Hin und Her bei den Koalitionsverhandlungen steht nun folgendes Ministerkabinett fest:

<b>Premierminister:</b>	<b>Benjamin Netanjahu (LIKUD)</b>
<b>Vize-Minister:</b>	<b>Silvan Schalom (LIKUD)</b>
<b>Minister für Senioren:</b>	<b>Gila Gamliel (LIKUD)</b>
<b>Landwirtschaftsminister:</b>	<b>Uri Jehuda Ariel (Habait Hajhudi)</b>
<b>Minister für Kommunikation:</b>	<b>Benjamin Netanjahu (LIKUD)</b>
<b>Bauminister:</b>	<b>Joav Gallant (KULANU)</b>
<b>Minister für Sport und Kultur:</b>	<b>Miri Regev (LIKUD)</b>
<b>Verteidigungsminister:</b>	<b>Mosche Ya'alon (LIKUD)</b>
<b>Minister für Diaspora Angelegenheiten:</b>	<b>Naftali Bennett (Habait Hajehudi)</b>
<b>Erziehungsminister:</b>	<b>Naftali Bennett (Habait Hajehudi)</b>
<b>Umweltminister:</b>	<b>Avi Gabai</b>
<b>Finanzminister:</b>	<b>Mosche Kahlon (KULANU)</b>
<b>Außenminister:</b>	<b>Benjamin Netanjahu (LIKUD)</b>
<b>Gesundheitsminister:</b>	<b>Benjamin Netanjahu (LIKUD)</b>
<b>Einwanderungs- und Integrationsminister:</b>	<b>Ze'ev Elkin (LIKUD)</b>
<b>Informationsminister:</b>	<b>Gilad Erdan (LIKUD)</b>
<b>Minister für Geheimdienst und Energie:</b>	<b>Israel Katz (LIKUD)</b>
<b>Innenminister:</b>	<b>Silvan Schalom (LIKUD)</b>
<b>Minister für Jerusalem und Erbschaftsangelegenheiten:</b>	<b>Zeev Elkin (LIKUD)</b>
<b>Justizminister:</b>	<b>Frau Ayelet Schaked (Habait Hajudi)</b>
<b>Minister für Nationale Infrastruktur, Energie und Wasser:</b>	<b>Juval Steinitz (LIKUD)</b>
<b>Minister für Öffentliche Sicherheit:</b>	<b>Yariv Levin (LIKUD)</b>
<b>Minister für Regionale Zusammenarbeit:</b>	<b>Benjamin Netanjahu (LIKUD)</b>
<b>Religionsminister:</b>	<b>David Azulai (SCHAS)</b>
<b>Wissenschafts- und Technologie-Minister:</b>	<b>Danny Danon (LIKUD)</b>
<b>Minister für Strategische Angelegenheiten:</b>	<b>Gilad Erdan (LIKUD)</b>
<b>Minister für die Entwicklung des Negev und Galiläas:</b>	<b>Arie Machluf Deri (SCHAS)</b>
<b>Wirtschaftsminister:</b>	<b>Arie Machluf Deri (SCHAS)</b>
<b>Tourismusminister:</b>	<b>Yariv Levin (LIKUD)</b>
<b>Transport- und Verkehrsminister:</b>	<b>Israel Katz (LIKUD)</b>



**Präsident Re'uvem Rivlin und Premierminister Benjamin Netanjahu sitzen mit den Ministern des Landes' 34. Regierung in der Residenz des Staatspräsidenten**

Da Netanjahus Regierung nur mit 61:59 Stimmen in der Knesset zustande kam, halten viele Israelis seine Regierung für nicht stabil. Etliche Ministerposten, die bislang Netanjahu besetzt hält, versucht er an weitere Abgeordnete zu delegieren, die sich doch noch seiner Koalition anschließen könnten. So hatte der bisherige Finanzminister Jair Lapid von der „Jesch-Atid-Partei“ bereits abgewunken. Gleiches trifft auf Izchak Herzog von der Zionistischen Union zu.

Israels neue Regierung bildet gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft zunehmend eine Wagenburgmentalität. Dies erkennt man bereits an der Direktive des Verteidigungsministeriums, Israelis und Palästinenser, die in die Westbank reisen, in getrennten Bussen zu transportieren, weil sich die jüdischen Siedler von Palästinensern belästigt fühlen. Erst aufgrund heftiger Kritik auch seitens der Opposition in der Knesset ließ man diesen Plan wieder fallen. US-Präsident Obama

konstatierte, daß Israels Innenpolitik und gegenüber den Palästinensern es notwendig mache, den Druck auf Israel für Zugeständnisse zu erhöhen. Frankreichs Präsident Hollande möchte gar den UN-Sicherheitsrat einschalten, um einen Zeitplan für Verhandlungen zu erzwingen, der einen Palästinenserstaat zum Ziele hat. Obama piff Hollande zurück, um erst die Ergebnisse mit dem Iran abzuwarten, wobei Obama hofft, daß Ende Juni das Ayatollah-Regime sein Nuklearprogramm beigelegt haben wird, was jedoch nicht zu erwarten ist, weil sich der Iran konstant weigert, den Inspektoren der Atomaufsichtsbehörde in Wien Zugang zu den militärischen Anlagen zu verschaffen. Einen Deal mit dem Iran würde vermutlich der Kongreß sabotieren, wo Israel unter den Republikanern viele Anhänger hat. Ausgerechnet Frankreich, die arabischen Staaten und Europa setzen sich für eine erneute Teilung Jerusalems ein, wo der Ostteil als Hauptstadt

eines Palästinenserstaates dienen soll. Man ist sich dabei nicht bewußt, daß es der römische Kaiser Hadrian war, der die ganze Provinz Judäa in die Bezeichnung „Palästina“ umbenannte, was übersetzt heißt „Philisterland“. Nicht einmal Theologen sind sich dieses Zusammenhangs bewußt, daß damit der römische Kaiser bewußt das Land Israel nach den traditionellen Feinden Israels umbenannte und sogar dekretierte und mit der Todesstrafe drohte, falls sich Juden nicht daran hielten. Damit steht fest, daß der Begriff „Palästina“ nichts mit der Bibel Alten und Neuen Testaments zu tun hat. Daher findet man diesen Begriff auch nicht in der Konkordanz. Und nun möchte die Weltgemeinschaft Israel dazu zwingen, einen Teil des ihm von Gott einst zugewiesenen Landes wieder auf den Namen seiner Feinde zu benennen. Am 17. Mai widersprach Netanjahu dieser Forderung, machte aber gegenüber dem deutschen Außenminister Steinmeier erneut

Zugeständnisse, wenn die Palästinenser nicht im Vorfeld von Verhandlungen unzumutbare Forderungen stellen, wie beispielsweise einen Rückzug auf die Grenzen vor dem Sechstage-Krieg oder die Entlassung sämtlicher Häftlinge aus israelischen Haftanstalten. Nach den Worten Netanjahus bleibt Jerusalem für immer die ewige Hauptstadt des jüdischen Volkes. Kein Mensch dächte daran, Berlin nochmals in zwei Hälften teilen zu wollen. Es ist demzufolge nur eine Frage der Zeit, wann der UN-Sicherheitsrat in New York mit Amerikas Stimmenthaltung eine Resolution verabschieden wird, die Israel zu einem solchen Zugeständnis zwingen sollte. Die Europäer signalisierten bereits Strafmaßnahmen für den Fall, wenn Israel seine Bautätigkeit auf palästinensischem Gebiet fortsetzen würde. Ein Boykott israelischer Produkte aus der Westbank wäre nur eine der Fol-

gen solch einer antiisraelischen Maßnahme. Auch an finanzielle Einschränkungen bei Joint-Venture-Unternehmen ist dabei zu denken. Gegenüber der Europa-Außenbeauftragten Federica Mogherini lenkte Netanjahu ein, indem er erklärte, nichts gegen eine Zwei-Staaten-Lösung einzuwenden habe.

Allerdings ist es dafür kaum hilfreich, wenn Palästinenserpräsident Abbas mit einem Verfahren gegen Israel beim Internationalen Kriminalgerichtshof (ICC) in Den Haag droht. Denn es ist absurd, Israel der Kriegsverbrechen beschuldigen zu wollen, wenn Israel lediglich auf Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen zum Schutz seiner Bevölkerung reagieren muß. Schließlich werden erneut sporadisch Raketen auf Israel abgeschossen und Tunnel gebaut, die israelische Siedlungen bedrohen. Jibril Rajoub beantragte sogar, die israelische Fußballmannschaft aus der

FIFA auszuschließen. Solche Aktionen der Palästinenser werden jedenfalls bei der rechtsgerichteten neuen israelischen Regierung einen gegenteiligen Effekt erzielen. Es ist auch nicht zu erwarten, daß Netanjahu den moderaten Itzchak Herzog ins Regierungsboot holen wird, der – wie bereits erwähnt – eine solche Koalition ausgeschlossen hat.

Quasi in letzter Minute hatte Netanjahu seine neue Regierung gebildet. So weit rechts stand vermutlich bis jetzt noch keine Regierung im Land. Der Likud-Block bildet eine Koalition mit konservativen Nationalisten und Religiösen. Mit an Bord sind die Kulanu-Partei von Mosche Kahlon, die ultraorthodoxen Parteien Torah-Judaimus und Schas sowie die Siedler-Partei „Jüdisches Haus“ (Habait hajehudi) von Nafali Bennett. Die Knesset hat 120 Sitze, wobei Netanjahu über eine hauchdünne Mehrheit von 61 Sitzen verfügt.



PRIME MINISTER Benjamin Netanyahu gestures as he speaks to Shas leader Arye Deri in the Knesset on Wednesday. (Ronen Zvulun/Reuters)

**Premier Netanjahu steht hilflos vor dem erpresserischen Fraktionschef der sephardischen ultraorthodoxen SCHAS-Partei, Arie Deri, der bereits 22 Monate im Gefängnis saß**

Aus dieser dünnen Mehrheit heraus wird Netanjahu permanent auf Sonderwünsche und individuelle Befindlichkeiten und Interessen seiner Koalitionäre Rücksicht nehmen müssen. Wie schon oft in Israels Parlamentarismus spielen kleine Parteien das Zünglein an der Waage und erhalten so ein überproportionales Gewicht, wie dies immer wieder an den Grundforderungen nach mehr Geld durch die ultraorthodoxen Parteien zu beobachten ist. Ihnen ist es egal, ob sich dadurch der Staat noch mehr verschulden muß und das Geld für die Landesverteidigung fehlt, auch wenn Netanjahu sich gern in Siegerpose zeigt. Deri zeigte sich bei den Koalitionsverhandlungen nicht kompromißbereit, was Premier Netanjahu nicht gerade glücklich macht.

Eine Alternative wäre eine Allianz mit der rechtsnationalen Partei „Israel Beitenu“ (Unser Zuhause) von Avigdor Liberman gewesen. Aber dieser gab Netanjahu in letzter Minute einen Korb, wohl aus Ärger über Netanjahus Zugeständnisse gegenüber den religiösen Parteien. Denn mit Liber-

man wäre die Regierung nicht nur weniger religiös orientiert gewesen, sondern die Last für die finanziellen Forderungen der ultraorthodoxen Parteien wäre dem israelischen Steuerzahler erspart geblieben.

Netanjahu wird also weniger agieren können als bisher auf die mannigfachen Angriffe aus dem Ausland und seitens der Opposition reagieren zu können. Sein Handlungsspielraum ist jedenfalls sehr eingeschränkt. Machterhalt und politisches Überleben stehen im Vordergrund. Aber viel Spielraum läßt Israels Überlebenskampf ohnehin nicht zu. Man kann leicht über Netanjahu richten, aber für sein altneues Amt ist er fürwahr nicht zu beneiden. Denn Schritte in Richtung Frieden bleiben riskant, wie die Lehre über den Rückzug aus dem Gazastreifen im Jahre 2005 belegt. Selbst der einstige Hardliner Arik Scharon hatte sich in der Friedensbereitschaft der dortigen Palästinenser gewaltig getäuscht, die Israel aus lauter „Dankbarkeit“ danach zehn Jahre lang mit Raketen beschossen – und noch immer beschießen.

Selbst die ausländischen Politiker konnten den israelischen Regierungen weder bessere Friedensprogramme empfehlen noch Friedensgarantien abgeben, denn schaut man auf die Landkarte, muß man fast zu einer Lupe greifen, um darauf den Zwergstaat Israel ausmachen zu können. Hier territoriale Zugeständnisse Israel abverlangen zu wollen, ist geradezu unzumutbar, um nicht dabei Israels Existenz zu bedrohen. Unpopuläre Entscheidungen kann sich Israel nicht erlauben, denn dies lassen Israels eingeschränkte Grenzen gar nicht zu.

Die Likud-Wähler zeigten sich Umfragen zufolge unzufrieden über die Koalition mit den Ultra-Religiösen. Netanjahu wäre hinsichtlich deren Geldforderungen zu nachsichtig gewesen, zumal diese Kreise auch keine Steuern zahlen. Dieser Meinung schloß sich auch Chidusch-Direktor und Reform-Rabbi Uri Regev an. Die Ungleichbehandlung der Bevölkerung entspräche keinem demokratischen Verständnis der Gleichheit aller Bürger.

Klaus Mosche Pülz

## Buchveröffentlichungen

**Titel: BRENNPUNKT ISRAEL**

**Autor: Klaus Mosche Pülz**

144 S., Euro 4,00  
ISBN-Nr. 3-86098-165-X

Verlag:  
Christliche Kommunikation und  
Verlagsgesellschaft m.b.H.  
(Lübeck 1998)

**Titel: SCHALOM FÜR ISRAEL**

**Autor: Klaus Mosche Pülz**

509 S., Euro 7,50  
ISBN-Nr. 3-86098-164-1

Verlag:  
Christliche Kommunikation und  
Verlagsgesellschaft m.b.H.  
(Lübeck 1995)

**Titel: ANTISEMITISMUS -  
GESTERN UND HEUTE**

**Autor: Klaus Mosche Pülz**

208 S., Euro 5,00  
ISBN-Nr. 3-7751-3458-1

Verlag:  
Hänssler-Verlag GmbH  
(Holzgerlingen 2000)

**Sämtliche Bücher sind im  
Handel oder im deutschen Ze-  
LeM-Büro erhältlich.**